Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 31. Oktober 1927
Montag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 50—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 5079—5090. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,85 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Wert · Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

66. Jahrgang
Nr. 510
31. 10. a

Zum Tage

Die Sowjetunion hat ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Vorbereitenden Abrüstungskommission erklärt.

★

Der Prozeß gegen den rumänischen Staatssekretär a. D. Manoilescu beginnt am 5. November.

★

Gegen der eifrigsten Anhänger des Prinzen Carol, General Theodoresu, ist in Bukarest verhaftet worden.

★

England wird in diesem Jahre 18 neue Kriegsschiffe auf Stapel legen.

★

Die Hochzeit des belgischen Außenministers Vandervelde mit Dr. Dreifuskman, einer belgischen Nerzin, hat in Paris stattgefunden.

★

Der Schriftsteller Maximilian Harden ist gestorben.

★

Die Berliner Börse hatte lustlose und schwache Haltung.

Junge Nationen

Dr. F. K. Der Staat gewordene Faszismus in Italien hat dieser Tage den 5. Jahrestag des Marsches auf Rom gefeiert. Sicher nicht zufällig wurde zu gleicher Zeit unter dem Kommando des Prinzen von Udine ein Geschwader nach Zanger, der „Pforte des Meeres", entsandt, ein acto de presence, der in der politischen Welt Europas stärkste Aufmerksamkeit gefunden hat.

Warum macht es uns das Italien Mussolinis so schwer, sein Jubiläum und seine starke politische Aktivität mit derjenigen Sympathie-äußerungen und Beobachtungsfreudigkeit zu betrachten, die im Interesse der beiden großen Länder dringend notwendig wäre? Wir vermögen die Motive nicht zu entziffern, die zu dem gerade in der letzten Zeit besonders scharfen Druck der italienischen Regierung auf Südtirol geführt haben. Man könnte meinen, daß dabei geradezu eine diplomatische Provokation vorliege, was wir sehr bedauern würden. Tatsache ist, daß die Hand des Faszismus schwer auf dem Deutschtum in Südtirol lastet. Nur mit Erstaunen kann man die Argumente lesen, die bedeutende italienische Schriftsteller zu finden wissen, wenn es sich darum handelt, für das Recht der Ausländsitalienerei auf ihre Kultur und Sprache einzutreten, sei es in Schwaben, in Nizza, in Korsika oder Malta. Sogar für den Freiheitskampf der Mazedonier hat die faszistische Presse Verständnis und Beweisgründe in ihrer nationalen Unterdrückung gefunden, die mit mehr Recht von uns in Südtirol gebraucht werden könnten. Wir wollen nicht eine die ethnischen und nationalpolitischen Verhältnisse in Mazedonien und Südtirol vergleichen. Denn es kann ja gar kein Zweifel sein, daß es sich bei der deutschen Minderheit um eine hochentwickelte Kultur und um systematische Angriffe gegen ihren nationalen Bestand handelt, die desto verwerflicher und erfolgloser sind, je tiefer sie die Seele eines großen Kulturträgers aufrühren. Gerade die Freunde der deutsch-italienischen Annäherung können nicht eindringlich genug vor der Fortsetzung solcher Gewaltpolitik warnen. Clemenceau wußte, was er tat, als er in Versailles diesen Streitapfel zwischen die beiden großen Völker warf, und ein Blick in die französische Presse sollte den Faszismus darüber belehren, wer in Europa an den Vorgängen in Südtirol das höchste Interesse nimmt.

Kurz vor der Machtergreifung im Jahre 1922 erklärte Mussolini in einer Rede in Udine: „Im Grunde genommen gibt es vollendete Regierungen nur in den Büchern des Philosophen." Das ist ein Satz, den man gewiß auch auf seine eigene Regierung anwenden kann. Aber nur böser Wille und absichtliche Verdrehung kann übersehen, daß die Regierung des Faszismus in Italien eine geistige und politische Erneuerung hervorgerufen hat, wie sie ehedem nicht für möglich gehalten wurde. In dem stilistisch dem Tage und der Mentalität der Anhänger angepaßten Manifest zum Revolutionsjubiläum hat Mussolini von der Umformung gesprochen, die das Faszismus Italien gebracht hat. Eisenbahnen, Straßen, Bäuderte, öffentliche Gebäude, Anlagen und Wohnungen seien der Beweis dafür. Noch größer ist die Leistung, daß das Land mit einem neuen Geiste des nationalen Stolzes und mit dem Willen zur europäischen und Weltgeltung erfüllt worden ist. Der Traum vom „ewigen Rom" wird in die Köpfe gehämmert. Weitfliegender Ehrgeiz, konstruktiver Sinn und hohe staatsmännische Begabung schweben über den außenpolitischen Geschäften des Landes. Ein größeres Lob für Mussolini konnte kaum ausgesprochen werden, als es in französischen Kreisen Genfs laut wurde: es sei ein Unglück für Europa, daß diese politische Potenz nicht in Frankreich herrsche.

Die deutsche öffentliche Meinung verfolgt den Aufstieg Italiens mit Anerkennung und Sympathie. Wenn Italien heute den Anspruch anmeldet, an der Entscheidung über das Mittelmeer beteiligt zu werden, dann halten wir das, ohne in diese Auseinandersetzung irgendwie eingreifen zu wollen und ohne die für das italienische Auftreten gewählte Form in Betracht zu ziehen, an sich für die natürliche Sache der Welt. Man braucht nicht einmal nach Pariser Muster an den Briefwechsel Crispis mit Lord Salisbury zu erinnern, in dem der englische Staatsmann die Besetzung Erythraiens durch Italien als eine europäische Notwendigkeit bezeichnete, um zu verhindern, daß das Mittelmeer ein französisches See werde. Ein Land mit der natürlichen Vormachtung und der wachsenden politischen Vitalität Italiens wird sich auf die Dauer nicht damit abfinden können, aus der Verwaltung Zangers ausgeschaltet zu bleiben. Es kann mit Zug und Recht darauf verweisen, daß, wie in vielen anderen Fällen, auch hier 1919 bei der Verteilung der Welt Frankreich das große Los gezogen hat, während Italien leer ausging.

Das stellen wir mit aller Sachlichkeit fest. Deutschland ist an der Zanger-Frage direkt nicht interessiert. Aber es ist selbstverständlich, daß sie bei uns insofern stärkste Beachtung erfordert, als die Beziehungen der anderen europäischen Großmächte durch sie berührt werden. Im Vorboden der Bisher aufnahme der französisch-spanischen Verhandlungen tritt Italien mit einer Demonstration auf den Plan, und es ist sicher, daß im Gegensatz zu den amtlichen Beschwichtigungen in Paris, die französische Oeffentlichkeit dadurch in lebhafte Unruhe versetzt worden ist. Auch in London scheint gleichfalls eine gewisse Ueberraschung vorzuherrschen, und man kann verstehen, daß Sir Austen Chamberlain in seiner ausgesprochenen Franzosenfreundlichkeit das große Aufsehen vielleicht unliebsam empfindet. Das ändert aber nichts an der politischen Wirklichkeit, daß zwischen England und Italien eine mehr oder weniger weitgehende Interessengemeinschaft besteht, von Zanger über Abessinien, Arabien und an Balkan bis hinauf an die Weichsel.

Die Annäherung an Bulgarien und Orientland, der Vertrag mit Ungarn, die Durchführung des Paktes von Tirana, dann die absolute Zusammenarbeit in Genf zwischen Italien und England zur Verhütung einer Ostpaktes sprechen eine deutliche Sprache. Mussolini hat in der auswärtigen Politik, indem er ihre historischen Bedingungen berücksichtigte, ohne Zweifel eine Reihe bedeutender Erfolge aufzuweisen, und man kann beinahe mit Sicherheit voraussagen, daß er seinem Lande auch den Einfluß am politischen Zoll des Mittelmeers gewinnen wird. Italien erstrebt. Viel zu klug, um im jetzigen Zeitpunkt an militärische Abenteuer zu denken, wird er die italienischen Forderungen, gestützt auf ein erstarktes und selbstbewußtes Volk, auf dem Wege der Verhandlungen durchsetzen.

Was die deutsch-italienischen Beziehungen betrifft, so haben wir von der gemischten Hemmungen gesprochen, die sie belasten. Es wäre auch zwecklos, zu verschweigen, daß in der italienischen Presse immer wieder Rückfälle in die Kriegsphrase erscheinen. Was soll man zu der Leistung des Herrn Morandi, des Berliner Vertreters der „Tribuna" sagen, der erst kürzlich wieder in der Verzerrung des Verhältnisses der beiden Völker eine boshafte Leistung zuwege gebracht hat, indem er mit jesuitischem Eifer erkannte, daß Deutschland in seiner Finanzpolitik „wieder begonnen hat, einen Staatsbankrott hinarbeite, um sich den Reparationsverpflichtungen zu entziehen. Man kann über Herrn Morandi zur Tagesordnung übergehen, nicht aber über sein Blatt und dessen Direktor Davanzati, der ein führende Persönlichkeit der faszistischen Partei ist. Was soll man über den unter dem Namen Cerag schreibenden Diplomaten sagen, der in der „Nuova Antologia" die Kriegsschuldlüge wieder aufwärmt, oder über den Aufsatz des Professors A. Tolla Valze in den „Echi e Commenti?" Auch dieser Verfasser verteidigt die Kriegsschuldlüge, und was am Interessantesten ist: er tut es in einer angesehenen Zeitschrift, deren Herausgeber Senator Loria, vor genau einem halben Jahr das Buch von Professor Lumbroso über die Kriegsschuld besprochen hat, dessen Forschungen Deutschland völlig entlasten: „Genau meine Meinung, die ich schon immer vertreten habe", schrieb damals Senator Loria. Und heute? — Wir wollen diese Angaben nicht vermehren und ihre Bedeutung nicht übertreiben. Es ist richtig, daß in anderen Ländern der Prozeß der Wahrheit noch viel weiter zurückgeblieben ist als in Italien. Aber diese Ueberreste einer überwunden geglaubten Epoche verdienen, neben der Südtiroler Politik Italiens, festgenagelt zu werden, weil nur durch offene Aussprache dasjenige nahe Verhältnis herbeigeführt werden kann, das wir zwischen den beiden Ländern erstreben. Man möchte wünschen, daß die bei den Crispi-Feiern der vergangenen Woche so hell emporgeloderte Begeisterung des Faszismus für diesen großen Staatsmann in Zukunft Gestalt gewinnen möge, nicht nur als geschichtliche Erinnerung, wie heute.

Wir sehen das neue Italien, das sich im Kriege Deutschland hat und angesichts Kräfte der nationalen Selbsterhaltung entwickelt, auf dem Wege zur Erringung der ihm in Versailles noch versagten gleichberechtigten Großmachtstellung. Wir hoffen, daß mit einer historischen Parallele von der Einkreisungspolitik gesprochen, die von mancher Seite gegen Italien getrieben wird, einer Politik, der Deutschland, wenn sie bestehen sollte, nie und nimmer zustimmen kann. Zwischen Berlin und Rom gibt es mit Ausnahme der Südtiroler Frage keine ernsten Interessenkonflikte. Der Anschluß Oesterreichs wird mit, nicht gegen Italien durchgesetzt werden. Wie Deutschland, so wünscht auch Italien Anhänger des dynamischen Prinzips in den Völkern und Staatenentwicklung Europas sein. Gegenüber den nur beharrenden Kräften, die das Werkzeug geschichtlicher Rückerlistung auf sich nehmen, indem sie — mit einem Worte der alten Diplomatie zu reden — den Status quo als höchste staatsmännische Weisheit des 20. Jahrhunderts bezeichnen, stehen die jungen Mächte, Deutschland und Italien, im Kan. so um Wiedererringung oder Bestätigung ihrer Weltgeltung. Jules Lemaître, der letzte Vorkriegsbotschafter Frankreichs in Berlin, erklärt in seiner Studie „Der Diplomat" von dem Kardinal d'Ossat, der von Heinrich IV. nach Rom gesandt wurde, um den Papst, den König mit dem Heiligen Stuhl zu versöhnen. Wenn seine Geschmeidigkeit auf ein unüberwindliches Hindernis traf, schrieb er an Heinrich IV.: „Sire werden Sie einen Erfolg in die Waagschale und Rom wird nachgeben." Italien kann sich auf die wunderbare Entfaltung seiner nationalen Kräfte berufen, die ihm eine große Gegenwart und eine größere Zukunft sichern. Auf deutscher Seite haben wir die geistigen Leistungen des Wiederaufbaues nach einem furchtbaren Zusammenbruch, die Arbeit und das Genie eines tüchtigen Volkes und den Weltglanz der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft in die Waagschale zu werfen. Wir möchten wünschen, daß Mussolini den gefühlmäßigen Hemmungen Rechnung trägt, die heute außerordentlich sind. Dann könnte wir kein Hindernis seiner fruchtbaren Kooperation der beiden Völker zum eigenen Nutzen und zur Erhöhung des europäischen Friedens.

Das Programm der französischen Radikalen

Eine Erklärung bei Abschluß des Parteikongresses

a. Paris, 31. 10. (Eigenbericht)

Der Parteikongreß der französischen radikalen Partei ist am Sonntag durch eine Vormittagssitzung zu Ende geführt worden; ein großes Bankett schloß sich an. Der offizielle Schluß der Beratungen wurde durch Verlesung einer Erklärung gekennzeichnet, die in großen Zügen die Stellungnahme der Partei zu den verschiedenen Problemen der Innen- und Außenpolitik wiederholt. Mit der Bedeutung, die der radikalen Partei als Vertreterin des französischen demokratischen Bürgertums beizumessen ist, kommt ihrem außenpolitischen Standpunkt eine ganz besondere Wichtigkeit zu. Die betreffenden Stellen der Erklärung lauten wie folgt:

„Zwei große Handlungen,

die Ratifizierung und Durchführung des Dawes-Planes und die Verträge von Locarno, gefolgt von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, haben die Etappe einer Annäherung zwischen den beiden großen Nationen gekennzeichnet, deren Verständigung die unentbehrliche Grundlage jeder europäischen Zusammenarbeit bildet. Durch den Dawes-Plan, der Frankreich in diesem Jahre sechs Milliarden Franken erbracht hat, ist die peinliche Frage der Reparationen aus dem Gebiet politischer Meinungsverschiedenheiten und militärischer Interventionen herausgenommen worden und in die Sphäre wirtschaftlicher Vereinbarungen eingetreten, deren strenge Einhaltung durch eine internationale Kontrolle gewährleistet wird. Durch die von Deutschland freiwillig unterzeichneten Locarnoverträge ist der Rhein zur internationalen Grenze geworden (?), und die Wiedergabe der europäischen Nationen hat die feierliche Verpflichtung übernommen,

alle Streitigkeiten durch Schiedsverfahren

zu lösen. Stets dem Protokoll getreu, dessen Geist neue Fortschritte gemacht hat, auch Frankreich im Rahmen des Völkerbundes die von Briand und Paul-Boncour so mutig unternommenen Bestrebungen fortsetzen, die regionalen Vereinbarungen zu vermehren, die Organisierung der Sicherheit zu vervollkommnen, die Verminderung der Rüstungen und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit vorzubereiten. Ferner muß Frankreich im Rahmen der vorhandenen Freundschaftsbündnisse die

Grundlage einer dauerhaften Annäherung mit Deutschland

suchen durch eine billige Regelung der zwischen den beiden Ländern vorhandenen Schwierigkeiten, wobei rechtliche Garantien, insbesondere für die europäische Sicherheit und für die zugestandenen Vorteil, einen Ausgleich schaffen sollen. Schließlich muß mit Mäßigung die gegenwärtige Politik fortgesetzt werden, wobei jede Einmischung in innere Angelegenheiten ausgeschlossen ist. Bis zu einer endgültigen Konsolidierung des Friedens, die die Hauptsorge unserer Partei bildet, sollnichts vernachlässigt werden, um die

Verteidigung französischen Gebietes

sicherzustellen. Die Partei will die Dauer des aktiven Militärdienstes auf das unbedingt notwendige Mindestmaß beschränken. Wer sie verlangt von allen Bürgern, sowohl hinter der Front wie an der Front selbst, die zur Verteidigung des Landes erforderlichen Opfer auf sich zu nehmen."

Im übrigen befaßt sich die Erklärung mit den großen innerpolitischen Problemen, wie der Finanzpolitik, dem Wirtschaftsleben, den Monopolen sowie solchen, landwirtschaftlichen, Verwaltungs- und Schulfragen. Hervorzuheben sind die Hinweise auf die gegenwärtige

Finanzpolitik des Kabinetts Poincaré,

dessen Bedeutsame anerkannt werden. Die radikale Partei wird sich der Vollendung des im Gange befindlichen Gesundungswerkes nicht widersetzen und betont die Notwendigkeit einer baldigen Währungsstabilisierung.

Auch der in den gestrigen Banketreden zum Ausdruck kommende gemäßigte Ton läßt erkennen, daß die Radikalen keineswegs beabsichtigen, der Regierung Poincaré vorläufig irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Vielfach kommentiert wurde übrigens die Tatsache, daß die dem Kabinett angehörenden

radikalen Minister

auf dem Schlußbankett durch Abwesenheit glänzten. Man sucht dieses offentative Fehlen der Kabinettsglieder dem Wunsche Poincarés zuzuschreiben, seine Wißbilligung mit den Entschließungen des Kongresses zum Ausdruck bringen zu wollen.

Nachdem noch in der letzten Sitzung von dem linken Parteiflügel, allerdings ohne Erfolg, ein Antrag auf Ausschließung Franklin Bouillons gestellt worden war, bringt ein radikales Morgenblatt heute die Nachricht, daß

Franklin Bouillon

seinerseits schriftlich seinen Austritt aus der Partei erklärt habe und beabsichtige, mit seinen Gesinnungsfreunden eine neue „Unionistische Partei" zu gründen. Bis zur Stunde liegt eine Bestätigung dieser Meldung nicht vor.

★

In dieser Erklärung muß sofort die Wiederwendung auffallen, daß „der Rhein zur internationalen Grenze geworden" sei. Dieser Ausdruck ist vollkommen Mißverstehen der Locarno-Verträge bedeutet, kann nicht scharf genug entgegengetreten werden. Zwar ist der Rhein durch das Versailler Diktat für den Verkehr internationalisiert worden, bleibt aber trotzdem ein deutscher Strom und ist vor allem niemals durch Locarno zur internationalen Grenze geworden. Locarno bedeutet eine Bereicherung mit Frankreich keinen Krieg zu führen. Die Grenze bleibt aber stets die Landesgrenze. Eine internationale Rheingrenze gibt es nicht.

Attentat auf Admiral Conduriotis

Der Staatspräsident leicht an der Schläfe verwundet

Athen, 31. 10. (Sonderdienst der DAZ)

Sonnabend wurde ein Attentat auf den Präsidenten der Republik, Admiral Conduriotis, verübt. Als der Präsident nach Eröffnung des Bürgermeisterkongresses im Rathaus von Athen in sein Auto stieg, trat ein junger Mann mit einer Mitschrift an das Auto heran. Als dann der Präsident die Tür des Wagens schloß, zog der junge Mann einen Revolver und gab auf den Präsidenten leicht an der rechten Schläfe. Der Attentäter wurde sofort von der Polizei ergriffen und gegen die Angriffe der Volksmenge geschützt. Conduriotis habe zu einem Hospital, wo seine Wunde verbunden und verbunden wurde.

Es handelt sich nur um eine leichtere Verwundung und der Präsident wird voraussichtlich in etwa zwei Tagen das Hospital verlassen können. Die Verwundung des Attentäters ergeb, daß es sich um einen 25 Jahre alten zeitlenlosen

Kellner Fostirios Gaufios

aus Larissa handelt. Er war nach Athen gekommen, um Beschäftigung zu suchen, hatte aber damit keinen Erfolg. Vor einigen Tagen begab er sich zu der Wohnung des Präsidenten, wo ihm mitgeteilt wurde, daß der Präsident nicht anwesend sei und er später wiederkommen sollte. Der Attentäter, der ziemlich laut ist, mitverstehen der Aufforderung und glaubte, daß es sich um eine Ablehnung handele. Die Verzweiflung, seine Arbeit und überall Ablehnung zu finden, hätte ihn dann zu seinem Attentat getrieben. Er sei weder Kommunist noch Anarchist. Eine Haussuchung in seiner Wohnung förderte gestern

anarchistische Literatur

zutage. Es ist noch nicht bekannt, ob er Komplizen hatte. Bei der Regierung sind zahlreiche Sympathiekundgebungen eingegangen. Das Kabinett hielt eine Sitzung ab, um über etwa nötig werdende Maßregeln zu verhandeln.

Schweres Eisenbahnunglück in Italien

Bari, 31. 10.

Auf der Linie Bari—Locorotondo stieß ein Sonderzug mit einem fahrplanmäßigen Zuge zusammen. Bis jetzt sind 6 Tote und 50 Verletzte, darunter 30 Schwerverletzte, festgestellt worden.

Von der Abbas, 31. 10.

Der deutsche Flieger Koenneke ist heute vormittag um 6,30 nach Karachi abgeflogen.

Eigener Nachrichtendienst
und „London Times News Service"

Die erfolgreiche Arbeit der Koalition

Eine Rede des Reichskanzlers und Zentrumsführers Marx

Essen, 30. 10.

Auf einer großen öffentlichen Kundgebung des Zentrumsparteiamtes hielt Reichskanzler Dr. Marx folgende Rede:

Wenn wir unseren Wiederaufstieg wollen, dann gilt es vor allem, politische Krisen zu vermeiden und ruhige, politisch-nervenstarke und erfolgreiche Arbeit zu leisten. Solche Arbeit ist von der jetzigen Koalitionsregierung geleistet worden. Wenn man noch in den letzten Tagen hier und dort von stehenden hat, es sei keine republikanische und keine soziale Politik betrieben worden, so kann dieser Vorwurf für sich allein nichts beweisen. Ich möchte gern Tatsachen angeführt sehen, durch die er gerechtfertigt würde.

Ich behaupte, daß die Republik gerade im letzten Jahre befestigt worden ist; denn ich kann auf alles einen großen Fortschritt weiten, wenn eine Partei, die früher in schroffer Opposition gegen die Republik gestanden hat, sich bereit findet, auf dem Boden der Verfassung von Weimar positive Arbeit zu leisten.

Ich brauche nur hinzuweisen auf die Verlängerung des Republikschutzgesetzes und auf das große soziale Werk der Arbeitslosenversicherung. Und kann ich ein bleibendes Verdienst des Reichsarbeitsministers Brauns ist. — Keiner, der objektiv zu urteilen sich bemüht, kann behaupten, daß die Sozialpolitik von der jetzigen Koalition vernachlässigt worden sei. Daß in rechtsgerichteten Zeitungen Artikel erscheinen und in Versammlungen Worte fallen, die sich mit der Achtung vor der Republik und den verfassungsmäßigen Farben nicht vereinbaren lassen, ist bedauerlich. Eine Koalition ist keine Gesinnungs-, sondern nur eine Arbeitsgemeinschaft. Das wird manchmal vergessen. (Auch von der „Germania". D. Red.)

Was den Flaggenstreit anbelangt so bedauere ich, daß dieser Streit jetzt mit einer Leidenschaft geführt wird, die das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten droht, und ich würde es noch mehr bedauern, wenn etwa der nächste Wahlkampf unter der Parole: die Schwarz-Weiß-Rot, die Schwarz-Rot-Gold geführt werden sollte — eine Parole, die nichts besagt für die Lösung der schwierigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, vor welchen die deutsche Politik in den nächsten Jahren stehen wird. Schwarz-Rot-Gold, das betone ich auch heute wieder, ist keine Verkeperung und Verhöhnung von Schwarz-Weiß-Rot, und wer Schwarz-Weiß-Rot in Ehren hält, kann deshalb Schwarz-Rot-Gold nicht zu schmähen.

Wer ernstlich den Flaggenstreiten will, der sorge dafür, daß die Flaggen von einh und jetzt nicht beraufgesetzt und verachtet, sondern so geachtet und geehrt werden, wie es den Flaggen einer Nation, die auf ihre Würde hält, gebührt.

Man aber in dem Flaggenstreit mehr sieht als einen Streit um ein Symbol, dem vermag ich nicht mehr zu folgen. Die Staatsform ist und bleibt die Republik, und ich kann mir nicht vorstellen, daß in seiner Verantwortung bewußter Politiker heute allen Ernstes daran denkt, auch den Kampf um die Staatsform noch in die politische Debatte zu werfen. Wir haben feinerlei Veranlassung, die vorhandenen, um und für sich schon schwierigen Probleme in den kommenden Jahren noch mit Fragen zu belasten, deren Aufwerfung Kampfe von unerhörter Leidenschaft im Gefolge haben müßte.

Außenpolitik

Es ist gar nicht zu bestreiten, daß in der heutigen Koalition gute politische Arbeit geleistet worden ist. Man sieht die Außenpolitik vom Beitritt der Deutschnationalen zur Regierung eine andere geworden? Man hat sich auch im Ausland von Verzerrungen, die in dem neuen Kabinett mit demselben Kanzler wie 1924 und 1926 berufene Reichsaußenminister in der gleichen Weise die Politik der Verständigung und des friedlichen Ausgleichs verfolgt, wie es unter anderen aufsammelnsetzten Regierungen geschehen ist. Unsere Außenpolitik weist seit einer Reihe von Jahren eine durchaus gerade Linie auf. Andererseits muß mit aller Entschiedenheit darauf gehalten werden, daß auch von deutscher Seite nichts geschieht, was Mißtrauen auf der anderen Seite erneuern könnte. Es kann nur immer wieder den schon so oft ausgesprochenen Wunsch wiederholen, daß von allen Organisationen, gleichviel ob rechts oder links, alles vermieden wird, was letzten Endes üble Folgen für unsere politische Lage nach sich ziehen könnte. Für die nächsten Wochen ist die Zurückhaltung einer größeren Zahl fremder Besatzungstruppen auch dem besetzten Gebiet zugesagt und auch schon eingeleitet worden.

Ich gebe der Ueberzeugung Ausdruck, daß die französische Regierung ihr gegebenes Versprechen loyal und im vollen Umfange des Zugesicherten erfüllen wird. Dabei erneuern wir immer wieder den dringenden Hinweis auf unser Recht, die völlige Räumung des besetzten Gebietes zu verlangen, nachdem unsere Entwaffnung vollkommen durchgeführt ist und die Politik der letzten Jahre den besten Beweis für die friedliche Einstellung des deutschen Volkes in seiner weitaus größten Mehrheit geliefert hat.

Auffallend war das Aufsehen, das die Rede des Reichspräsidenten v. Hindenburg bei der Enthüllung des Tannenbergdenkmals in manchen Kreisen des Auslandes erregt hat, eine Rede, die sowohl von mir wie auch von dem Herrn Reichsaußenminister gebilligt worden war; auffallend, weil bezüglich der uns vorgeworfenen Schuld am Kriege sowohl von mir als von anderen verantwortlichen deutschen Staatsmännern bei früheren Gelegenheiten vielleicht noch schärfere Worte gebraucht worden sind, als der Reichspräsident sie anwendete. Ich weiße hier insbesondere auf die Erklärung hin, die ich namens der Reichsregierung am 29. August 1924 anläßlich der Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstage abgegeben habe. Ich bin der Meinung, daß allerdings die Frage entschieden werden kann. Erste wissenschaftliche Forschung und unparteiliche Prüfung muß die Wege und Ziele aufdecken, die zum unseligen Beginn des Weltkrieges 1914 geführt haben. Dem Urteil, das sich daraus ergibt, muß ich jeder Volk unterwerfen, wenn auch das Urteil schmerzlich wäre. Aber ein anderes habe ich schon öfters mit der Besprechung der Frage der Kriegsschuld verbunden. Wir müssen und wollen in dieser Frage Moral und der Ehre das Kampfen. Wir werfen die Frage nach der Kriegsschuld in der Verzerrung auf, daß eine wahre Verständigung der Nationen unmöglich ist, solange ein Mitglied der großen Völkerfamilie in den Augen der anderen gebrandmarkt sein und bleibt. Wir empfinden die Behauptung, als habe Deutschland den europäischen Brand entfesselt, als eine schwere und sittenverletzende Unerträglichkeit. Wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk aus dieser Empfindung heraus die Aufdeckung der Wahrheit fordern, so ist das also kein taktisches Mittel, um sich von irgendwelchen Verpflichtungen materieller Art zu befreien. Die uns aus den Verträgen obliegenden materiellen Verpflichtungen haben wir bisher auf das loyalste erfüllt und werden das auch weiterhin tun.

Finanzpolitik

Nun noch einige Worte zu dem fast zu viel erörterten Schreiben des Reparationsagenten an den Reichsfinanzminister. Auch nachdem eine einzehende Aufklärung der Parteiführer und der Presse stattgefunden hatte — eine Aufklärung, in der mitgeteilt worden war, daß das Verfassungsmäßige dieses Schreiben im allseitigen Interesse liegenden gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen nur stören und erschweren könnte, — verstummen die Gerüchte gegen den Finanzminister nicht. Andere richteten ihre Angriffe gegen den Reparationsagenten selbst, beschränkten ihn als Verfasser des Schreibens, daß schon der politische Anstand es verbietet, war auch bei Yvonne Georgi der Fall. Insbesondere war es der „Tanz der Salome", bei dem das Weib der Christenverfolgerin Nero Konzentration auf das Gesicht eine sehr originäre Lösung erhalten hatte, und in seiner Wirkung mit Recht Bewunderung auslöste. Nicht immer ist die Bewegungsfolge, die Folge der Themen bei Yvonne Georgi einwand, manchmal etwas zu äußerlich komponiert, ohne die eingene Bewegung in ihrer Spritzigkeit, bei überraschende Wechsel, der Sinne für Kulisse und Bühnenwirksamkeit, mitunter kleine pantomimische Hilfen schaffen da ein Gesamtbild von dieser schlanken, bunten, beweglichen Gestalt, das sich einprägt und den Beschauer in eine schwankende, sichelnde Stimmung bringt, in der Gefallen und Erstaunen einander abwechseln.

Von den Paartänzen, die beide tanzten, zeigte die „Polonaise", die formal auf Symmetrie aufbaute, Anklänge an die Tanzgepflogenheiten des

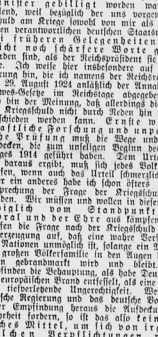
Präsident Conduriotis

Harald Kreutzberg in „Apokalyptischer Engel"

unseren bedeutendsten unter den jungen Tänzern, Harald Kreutzberg, nicht für sich zu erhalten gewußt hat. Aber man kann nur mit Bedauern feststellen: er tanzt jetzt in der Stadoper von Hannover und wird urlaubsweise mit Reinhardt die Amerika-Tournee mitmachen; für Berlin ist er nur Gast.

Die Eingeläinge, die er diesmal zeigte, bewiesen, daß er an manchen Klippen, die ihm drohten, nun unbeschadet sich vorbeiwindet, mehr Sicherheit und Kraft aus dem vollen schöpft. Insbesondere waren es zwei Tänze, in denen sich die Kraft, die Sicherheit, die Ausdrucksfähigkeit auf der Tiefe eines raumerfüllen und dichtenden Gemüts wirkende Schöpferkraft spiegelnd sich in Geschlossenheit und Ausdruckskraft offenbart: Der „Apokalyptische Engel" ist das Leben und Sterben eines Menschen, dieser Tanz ist wieder ein Tanz, das bei der weiten abwärts gerichteten Hände und Handgelenke. Aber auch hier unnachahmbar in der Art, wie alles gegeben wird. Wie der Fuß hier geschmeidt wird, wie die Bewegungswelle durch den Körper fließt, wie der Kopf gemessen wird, — das ist nicht nur Angelegenheit blendender, äußerer Technik, das ist in jedem Moment von innerer Spannung erfüllte Form, Lebendigkeit und Kraft.

Neben einem solchen Tänzer bei es natürlich eine Partnerin nicht leicht. Die Gefahr des übergroßen Abstandes liegt vor Anderersseits aber auch die Möglichkeit, daß die Tänzerin so angesiedert wird, daß sie ihr Besten gibt. Das



Yvonne Georgi in „Tänze"